

Neues Format: Richterbund Rheinland-Pfalz Aktuell

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Beginn des neuen Jahres möchten wir Ihnen einen neuen Service bieten.

Bis vor einigen Jahren wurden die Mitglieder des rheinland-pfälzischen Richterbundes durch das Mitteilungsblatt über die Geschehnisse innerhalb des Verbandes in unregelmäßigen Abständen informiert. Allerdings wurde es zunehmend schwer, das Verbandsblatt mit Leben, sprich mit Inhalten zu füllen.

Aus diesem Grund wurde beschlossen, das Format einzustellen. Seitdem sind nur wenige Mitteilungsblätter erschienen, um die Kandidatinnen und Kandidaten des Richterbundes für Wahlen - etwa zu den Richter- oder Staatsanwaltsräten oder zum Richterwahlausschuss - vorzustellen.

Seit der Einstellung des Mitteilungsblatts konnten sich unsere Mitglieder nur noch auf unserer Homepage über den Landesverband und dessen Aktivitäten informieren. Dies hat berechtigte Kritik hervorgerufen.

Um hier Abhilfe mit vertretbarem Aufwand zu schaffen, haben sich Präsidium und Vorstand dazu entschlossen, ein neues Format zur Information der Mitglieder einzuführen. Orientiert am „DRB Aktuell“ des Bundesverbandes wollen wir künftig mit dem „Richterbund Rheinland-Pfalz Aktuell“ über aktuelle Geschehnisse im Land und im Verband informieren.

Dabei wollen wir uns nicht auf den Landesverband beschränken, sondern über das neue Format auch Informationen aus den Bezirks- und Fachvereinen weitergeben.



Wir hoffen damit, dem berechtigten Informationsinteresse unserer Mitglieder besser gerecht werden zu können.

An dieser Stelle auch gleich eine Bitte: Senden Sie uns Beiträge aus Ihren Bezirks- oder Fachvereinen zu, die wir in „Richterbund Rheinland-Pfalz Aktuell“ an die Mitglieder weitergeben sollen. Ansprechpartnerin im Präsidium ist die Kollegin Dr. Geraldine Morguet.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen wünsche ich auf diesem Wege ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 2017.

Thomas Edinger

Sitzung des Vorstands des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes vom 28. November 2016

Mainz. Die äußerst knapp bemessene Personaldecke und zunehmend weitere Leistungsverdichtung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bleibt ein zentrales Thema im Landesverband. Unplanmäßige Ausfälle wie solche infolge Schwangerschaft führen mangels Personalersatz zusätzlich zu spürbarer Mehrbelastung. Um eine tragfähige Grundlage für die Erarbeitung konkreter Maßnahmenvorschläge zu schaffen, strengt der Landesverband zunächst an, den Personalausfall durch Beschäftigungsverbote bei Schwangerschaften bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften - soweit möglich - zahlenmäßig zu eruieren. Das bestehende Konzept, in dem besagter Ausfall durch Kollegen zeitlich zulasten derer Familien ausgeglichen wird und in dem sich der männliche Richter/Staatsanwalt aus Kollegialität Akten mit in die Elternzeit nimmt, stellt die für die Justiz propagierte Familienfreundlichkeit jedenfalls in Frage.

Ebenfalls mit Blick auf die bestehende hohe Arbeitsbelastung schließt sich der Landesverband Rheinland-Pfalz einer Umfrage zur beruflichen Belastung in der Richter- und Staatsanwaltschaft an, die der Landesverband Schleswig-Holstein initiiert und bereits - mit hohen Rücklaufquoten - durchgeführt hat. Eine solche Umfrage soll 2017 auch in Rheinland-Pfalz stattfinden. Da der saarländische Verband ebenfalls eine vergleichbare Umfrage vorbereitet, wird eine länderübergreifende Auswertung angestrebt.

Hinsichtlich der Überprüfung der Zulässigkeit des Bewertungsportals „Richterscore“, in dem sich Anwälte über Richter, Spruchkörper und Gerichte austauschen können, wartet der Landesverband zunächst die Ergebnisse des Bundesverbandes, der sich dieser Thematik bereits angenommen hat, ab.

Gespräche zur Personalsituation mit Abgeordneten von SPD und CDU

Mainz. Die prekäre Personalsituation bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften war ein zentrales Thema von Gesprächen der Vertreterinnen und Vertreter des rheinland-pfälzischen Richterbundes mit Abgeordneten der Fraktionen von SPD und CDU am 14.12.2016 in Mainz. Anlässlich der Beratungen des Landtags über den Doppelhaushalt 2017/2018 konnten wir den Damen und Herren Abgeordneten unsere Einschätzung zur derzeitigen Lage darstellen. Nach den neuen PEBB\$Y-Zahlen fehlen im Land derzeit mindestens 74 Richterinnen und Richter bei den ordentlichen Gerichten und 23 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei den Staatsanwaltschaften. Über diese bloßen Zahlen hinaus stellten wir in den jeweils rund zweistündigen Gesprächen die Auswirkungen dieser Zahlen auf Verfahren, Beteiligte und insbesondere auch auf die Situation der Richter und Staatsanwälte dar. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere den nicht mit der Justizpolitik beschäftigten Abgeordneten die Bedeutung der PEBB\$Y-Zahlen und insbesondere die Auswirkungen fehlender Stellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften nicht bekannt waren. Auch wenn nur eine vage Hoffnung besteht, dass solche Gespräche positive Auswirkungen auf die Personalsituation in der Justiz haben, werden wir mit den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags weiter das Gespräch suchen und immer wieder auf die aus unserer Sicht nicht hinnehmbare personelle Lage in allen Bereichen der Justiz aufmerksam machen.

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Richterbund – Landesverband Rheinland-Pfalz
Kreuznacher Str. 37
67806 Rockenhausen
www.richterbund-rlp.de

Redaktion:

RinLG Dr. Geraldine Morguet
Landgericht Mainz

DirAG Thomas Edinger
Amtsgericht Rockenhausen

Onlineausgabe Januar 2017